

Verzeichnis Arbeitsmaterialien

Bedingungsloses Grundeinkommen (BGE)

1. Inhaltsstruktur-BGE
2. Informationsblatt-BGE
3. Informationsblatt-BGE-Befürworter-Gegner
4. Arbeitsblatt-BGE-Story
5. Informationsblatt-BGE-Einführungsversuche
6. Arbeitsblatt-BGE-Sprüche
7. Informationsblatt-BGE und Parteien
8. AV-Medien-BGE
9. Lückentext-BGE im Check
10. Simulation-BGE im Talk
11. Inhaltsstruktur-Kindergrundsicherung
12. Arbeitsblatt-Kindergrundsicherung

1-Inhaltsstruktur-BGE

Definition

Das Bedingungslose Grundeinkommen (BGE) ist eine staatliche Zuwendung (z. B. 1500 €), die jeder Bürger monatlich ein Leben lang, ohne irgendwelche Bedingungen bzw. Gegenleistungen ausbezahlt bekommt.

Pro-Argumente

- Das BGE ermöglicht Freiheit in vielen Lebenssituationen, bietet finanzielle Sicherheit, steigert das Selbstbewusstsein und fördert die Selbstverwirklichung.
- Die Erpressbarkeit der Erwerbstätigen entfällt, da kein Arbeitszwang besteht und minderwertige Arbeit eine höhere Wertschätzung erfährt.
- Die bisherigen Sozialleistungen werden gestrichen und die Bürokratie wird abgebaut.
- Die Armut verschwindet, ebenso wie die Unterscheidung von entlohnter Erwerbsarbeit und nicht entlohnter Sozialarbeit (Hausarbeit, Ehrenamt, Pflegeleistungen).
- Die Digitalisierung und Rationalisierung erzeugt in Zukunft eine steigende Arbeitslosigkeit, deren negative Auswirkungen durch das BGE gemildert wird.

Contra-Argumente

- Das BGE ist aus dem normalen Staatshaushalt nicht zu finanzieren und führt zum Staatsbankrott (Bundeshaushalt ca. 400 Mrd. BGE-Kosten 996 Mrd.).
- Das BGE verleitet bestimmte Schichten zur Untätigkeit und führt dazu, dass unangenehme Tätigkeiten nicht mehr ausgeführt werden.
- Das Prinzip, dass Leistung sich lohnt, wird ausgehebelt.
- Selbst bei einer Höhe von 1500 € leben Alleinstehende am Rande der Armutsgrenze.
- Das BGE ist ungerecht, da Millionäre und Sozialhilfeempfänger dasselbe erhalten.
- Es besteht die Gefahr einer missbräuchlichen Einwanderung in die Sozialsysteme.
- Die in Zukunft erwartete steigende Arbeitslosigkeit, die das BGE abfedern soll, wird nicht eintreten.
- Der Arbeitskräftebedarf einer alternden Gesellschaft gleicht die technologische Arbeitslosigkeit aus.
- Das BGE erfordert die totale Umorganisation der ökonomischen Strukturen und des Steuersystems eines Landes.

Finanzierung

- Erhöhung der Einkommen- und Mehrwertsteuer sowie der Erbschafts-, Vermögens- und Finanztransaktionssteuer
- Abbau der Bürokratie und Abschaffung der bisherigen Sozialsysteme

Projektversuche

Folgende Länder haben das BGE einzuführen versucht:

- Kanada 2017: Abbruch nach einem Jahr
- Finnland: Studie mit 2000 Erwerbslosen
- Frankreich: Reform der bestehenden Sozialleistungen
- Italien: Bürgergeld soll die Rückkehr zur Arbeit ermöglichen
- Schweiz: 2016 abgestimmt, jedoch 76,9 % dagegen

2-Informationsblatt-BGE

Bedingungsloses Grundeinkommen

Wesen

Obwohl es verschiedene Konzepte des Bedingungslosen Grundeinkommens (BGE) gibt, können folgende gemeinsame Merkmale genannt werden:

- Das Grundeinkommen wird monatlich und ohne zeitliche Begrenzung ein Leben lang gezahlt.
- Die Auszahlung erfolgt bedingungslos, d. h. es erfolgt keine Bedürftigkeitsprüfung.
- Es wird keinerlei Gegenleistung gefordert.
- Die Pflicht, einer geregelten Arbeit nachzugehen, entfällt völlig.
- Wer zusätzlich zum BGE über ein Einkommen verfügen will, kann eine Erwerbsarbeit aufnehmen.
- Die Höhe des Grundeinkommens soll das soziokulturelle Existenzminimum abdecken und eine gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen.
- Die bisher bestehenden Sozialleistungen wie Arbeitslosengeld, Sozialhilfe, Kindergeld, Bafög usw. entfallen.
- Das Grundeinkommen ist ein Individualanspruch, d. h. jede Person hat einen gesetzlichen Anspruch.

Formen der Auszahlung des BGE

Sozialdividende

Das BGE wird direkt als fester Betrag an den Empfänger ausbezahlt. Die Steuerschuld wird getrennt auf das steuerpflichtige Einkommen berechnet und bezahlt.

negative Einkommensteuer

Hier wird das BGE zunächst mit der monatlichen Steuerschuld verrechnet. Ist die Steuerschuld geringer als das gewährte Grundeinkommen, erhält man einen Teil als negative Einkommensteuer

Finanzierung des BGE

durch

Steuererhöhungen, vor allem der Einkommensteuer bzw. Mehrwertsteuer

Wegfall der bürokratischen Aufwendungen und aller sozialen Leistungen

Umverteilung aller Steuern, z. B. stärkere Abgaben auf Immobilien, Finanztransaktionen, Energie

3-Informationsblatt-BGE-Befürworter-Gegner

Argumente der Befürworter eines BGE

- Das BGE ermöglicht individuelle Freiheit und Sicherheit, d. h. jeder kann sich entscheiden, ob er arbeiten will oder nicht. Der Zwang zu einer monotonen und demotivierenden Arbeit entfällt und man muss nur arbeiten, wenn es einem Spaß macht.
- Das BGE ermöglicht Selbstverwirklichung und steigert das Selbstbewusstsein von Berufen mit geringem Ansehen wie Müllmann, Busfahrer oder Finanzbeamter.
- Das BGE ermöglicht die Unabhängigkeit des Arbeitnehmers und unterbindet damit Konkurrenzkampf, Mobbing, schlechtes Betriebsklima usw. Die Erpressbarkeit der Erwerbstätigen entfällt, da sie einen Arbeitsplatz nicht um jeden Preis behalten müssen.
- Die Stigmatisierung der Arbeitslosen als Faule und Schmarotzer wird verhindert. Es kommt zu einer Wertschätzung der minderwertigen und als gering angesehenen Arbeit.
- Aufgrund der Digitalisierung und Rationalisierung werden in Zukunft immer weniger Menschen einer Arbeit nachgehen können (technologische Arbeitslosigkeit). Das BGE verhindert, dass diesen Arbeitslosen mangelnde soziale Sicherung, körperliche und psychische Krankheiten usw. drohen. Durch das BGE verschwindet die Armut.
- Die Ungerechtigkeit zwischen Erwerbsarbeit, die entlohnt wird, und z. B. Hausarbeit, Altenbetreuung, Ehrenamt, die nicht entlohnt werden, wird durch das BGE überwunden.
- Die Erwerbsarbeit entfällt nicht, da es Menschen, die aus eigenem Antrieb arbeiten wollen, ermöglicht wird, ein Zusatzeinkommen, das über das Grundeinkommen hinausgeht, zu erwirtschaften.
- Die gegenwärtige, zu umfangreiche Bürokratie wird abgebaut, da Sozialleistungen wie Arbeitslosengeld, Sozialhilfe, Renten, Bafög, Kindergeld gestrichen werden.
- Das BGE bringt mehr Sozialismus in den Kapitalismus.

Argumente der Gegner eines BGE

- Ein BGE ist aus dem laufenden Staatshaushalt nur schwer zu finanzieren. (Beispiel für Deutschland mit z. B. 1000 € Grundeinkommen. $1000 \text{ €} \times 83 \text{ Mio. Menschen} \times 12 \text{ Monate}$ entspricht ca. 1 Bio. €. Der Bundeshaushalt beträgt nur ca. 400 Mrd. €)
- Menschen die mehr arbeiten, sollen auch mehr Geld haben als Personen, die nicht arbeiten. Wie das Beispiel der ehemaligen Deutschen Demokratischen Gesellschaft zeigt, entspricht die Leistungsgerechtigkeit mehr dem menschlichen Wesen, als die Bedarfsgerechtigkeit.
- Vor allem Kinder und Jugendliche aus sozial schwachen Schichten werden inaktiv und vernachlässigen ihre Bildung.
- Ein BGE in Höhe von 1000 € ermöglicht nur ein Leben an der Armutsgrenze. Eine Anhebung des BGE erhöht das Risiko eines Staatsbankrotts.
- Das BGE verleitet zur Untätigkeit, da der materielle Anreiz zu arbeiten fehlt und vor allem niedrig entlohnte und unangenehme Arbeiten nicht mehr ausgeführt werden.
- Das BGE führt zu einer verstärkten Einwanderung, da kinderreiche Zuwanderer über ein relativ hohes Einkommen verfügen. (Single 1000 €: Familie mit drei Kinder 5000 €)
- Das BGE ist sozial ungerecht, da auch der Millionär genau dasselbe bekommt wie der Müllwerker.
- Die Annahme einer durch Digitalisierung ausgelösten steigenden Arbeitslosigkeit ist nicht-zutreffend, da vor allem der Dienstleistungsbereich (Pfleger, Lehrer usw.) zunehmen wird.
- Das BGE bedeutet eine grundlegende Umorganisation des Sozialstaates, der bestehenden wirtschaftlichen Strukturen, des Steuersystems sowie eine sinkende Arbeitsmoral und ist gesellschaftspolitisch schwer durchsetzbar.

4-Arbeitsblatt-BGE-Story

Die Story vom Happyland

Die Regierung des Happylands will ihrem Volk etwas Gutes tun und hat das bedingungslose Grundeinkommen eingeführt. Jeder Bürger, ob Säugling, Berufstätiger oder Greis erhält ohne irgendeine Gegenleistung 1500 € im Monat bis zu seinem Lebensende. Allerdings werden die bisherigen Sozialleistungen gestrichen. Schauen wir uns einmal einige Menschen im Happyland genauer an:

Eugen ist 50 Jahre alt, hat von seinen Eltern eine Million Euro geerbt und geht vorzeitig in den Ruhestand. Er kann jetzt viel Reisen und freut sich natürlich über den Zuschuss von 1500 €.

Der ungelernte Kevin hat bisher nur 1800 € im Monat verdient. Er hat seinen Job gekündigt, da er mit 1500 € gerade noch über die Runden kommt und die Freuden des Nichtstuns genießen kann.

Familie Sammet hat zwei Kinder und kann sich mit ihren 6000 € viele zusätzlich Wünsche erfüllen. Allerdings wollen sie in München ein Eigenheim bauen und hätten deshalb noch etwas mehr Geld auf ihrem Konto.

Die geschiedene Saskia lebt mit ihrer schulpflichtigen Tochter in Berlin und ist durch ihre hohe Mietbelastung von 1600 € nicht gerade erfreut über die Einführung des bedingungslosen Grundeinkommens.

Das Ehepaar Krapf ist kinderlos und beide wollen ihren Beruf als Lehrer und Lehrerin noch weiterhin ausüben. Ihr finanzieller Spielraum wird durch das Grundeinkommen deutlich erhöht.

Entwickeln Sie für folgende Personen mögliche Verhaltensmuster in Bezug auf die Einführung des bedingungslosen Grundeinkommens:

- Schüler/Schülerin deren Eltern geschieden sind

- Rentnerehepaar, das in Mallorca lebt

- Arbeitsloser Sozialhilfeempfänger, der in Köln wohnt

- Reiche Familie mit umfangreichen Immobilien und Wertpapieren

- Künstlerisch veranlagter, aber unglücklich berufstätiger Jugendlicher

(Sie können auch überlegen, wie der Finanzminister, die Opposition, ausländische Regierungen usw. auf die Einführung des BGE reagieren.)

5-Informationsblatt-BGE-Einführungsversuche

Es wurde in mehreren Ländern bzw. Regionen versucht, das bedingungslose Grundeinkommen einzuführen.

Finnland

Finnland hat im Jahr 2017 als erstes europäisches Land einen Testlauf mit dem bedingungslosen Grundeinkommen gestartet. Für zwei Jahre erhielten knapp 2000 Arbeitslose ein Grundeinkommen von 560 €. Das Ergebnis war negativ, da ein Großteil der Testteilnehmer nach Ablauf der Studie ebenfalls arbeitslos war. Das staatliche Ziel, Bezieher von Arbeitslosenunterstützung vermehrt in die Erwerbstätigkeit zu bringen, misslang.

Frankreich

Das Grundeinkommen in Frankreich wird als *revenu universel d'activite'* (Arbeitseinkommen) bezeichnet. Es handelt sich um eine Reform der bestehenden Sozialleistungen, deren Zusammenfassung, Vereinfachung und Transparenz. Zielsetzung ist der Wiedereinstieg in das Arbeitsleben und die Förderung der Ärmsten. Es ist demnach nicht für alle gedacht.

Italien

In Italien heißt das Grundeinkommen Bürgereinkommen und beträgt pro Person 780 €. Es soll die Menschen ermutigen in die Arbeitswelt zurückzukehren und nur den wirklich Armen zugutekommen. Im Haushaltsgesetz für 2023 wurde das Bürgergeld weitgehend abgeschafft und es wird nur nach gründlicher Prüfung gewährt.

In Finnland, Frankreich und Italien soll das Grundeinkommen dazu dienen, die Arbeitslosigkeit abzubauen. Es handelt sich um Beschäftigungsprogramme.

Schweiz

Das Grundeinkommen in der Schweiz sollte das Existenzminimum abdecken und wurde auf 2500 Franken festgesetzt. Wer zusätzlich Einkommen erwirtschaftet, bekommt weniger ausbezahlt oder gar kein Geld vom Staat. Als 2016 über dieses bedingungslose Grundeinkommen abgestimmt wurde, waren 76,9 % dagegen.

Weitere regionale Versuche

Berlin

Die SPD versuchte 2019 im Land Berlin das Solidarische Grundeinkommen (SGE) einzuführen. 1000 arbeitslosen Berlinern und Berlinerinnen wurde ein Beschäftigungsangebot für Langzeitarbeitslose geschaffen. Ihnen soll eine staatlich bezahlte Arbeitsstelle als Parkhausreiniger, Babysitter oder Einkaufshilfe zum Mindestlohn angeboten werden. Der Begriff SGE ist jedoch irreführend, da es sich nicht um ein Grundeinkommen für alle Bürger handelt, sondern um einen staatlich finanzierten Arbeitsmarkt für Langzeitarbeitslose.

Schleswig-Holstein

Ab 2016 hat die Jamaica-Koalition in Schleswig-Holstein das Pilotprojekt bedingungsloses Grundeinkommen gefördert. Dabei sollten die Teilnehmer 1000 € bzw. 1200 € (Kinder die Hälfte) ohne Gegenleistung erhalten. Sie mussten ihren Wohnsitz in Deutschland haben, konnten unbegrenzt Geld dazuverdienen und ihre Bedürftigkeit wurde nicht geprüft. Sämtliche Sozial- und Wohngeldleistungen wurden allerdings gestrichen.

Es gibt auch in anderen Ländern bzw. Regionen Versuche wie z. B. in Niedersachsen, Utrecht.

Bisher hat kein europäisches Land das bedingungslose Grundeinkommen für alle eingeführt.

6-Arbeitsblatt-BGE-Sprüche

Geld bekommen, ohne arbeiten zu müssen. Ist das nicht toll.

Arbeiten Sie, um zu leben oder leben Sie, um zu arbeiten?

Ist das Grundeinkommen die Grundlage für die Spaßgesellschaft?

Ist das bedingungslose Grundeinkommen nur heiße Luft?

Wer nicht arbeiten will, soll auch nicht essen.

„Wenn jedermann genügend Geld hätte, würde es niemand besonders interessieren, ob manche Leute mehr Geld hätten als andere.“
Philosoph Harry G. Frankfurt

Stimmt es, dass unserer Gesellschaft in Zukunft Die Arbeit ausgeht?

In dem Roman Utopia von Thomas Morus wurde vorgeschlagen, Diebe nicht mehr zu bestrafen, sondern allen Menschen eines Landes eine Art Lebensunterhalt zu zahlen, um dem Diebstahl vorzubeugen.

Kommt das Ende der Leistungsgesellschaft oder soll die Sozialgesellschaft umfunktioniert werden?

Beim BGE bekommen die einen Geld, das sie nicht brauchen – und die anderen so wenig, das es kaum reicht.

Faul wird man, wenn man etwas tun muss, worin man keinen Sinn sieht.

Ist die Selbstverwirklichung das einzige Ziel des Menschen?

Das BGE ist ein Konzept bei Arbeitslosigkeit, die durch Digitalisierung und Automatisierung verursacht wird, die Bevölkerung finanziell zu versorgen.

Suchen Sie sich eine Frage bzw. ein Zitat und begründen Sie die Aussage.

7-Informationsblatt-BGE und Parteien

Christlich Soziale Union (CSU)

8. Wir fördern und fordern

Wir bekennen uns zum christlichen Menschenbild und damit zur Eigenverantwortung des Menschen. Wir lassen niemand zurück, aber gewähren vorrangig Hilfe zur Selbsthilfe. Sozialistische Ideen wie **einem bedingungslosen Grundeinkommen erteilen wir eine klare Absage**. Für uns gilt weiterhin: Wer arbeitet, soll mehr haben als derjenige, der nicht arbeitet. Wir stehen für Fairness statt Umverteilung.

Vgl. <https://www.google.com/search?client=firefox-b-d&q=csu+parteiprogramm+kurzfassung>, S. 14 Das CSU-Programm. Gut für Bayern. Gut für Deutschland. Bundestagswahlprogramm 26. Sept. 2021

Christlich Demokratische Union (CDU)

Die CDU verfolgt das Prinzip „Fördern durch Fordern“ und will Menschen so schnell wie möglich wieder in Arbeit bringen. Hart arbeitende Menschen dürfen erwarten, dass diejenigen, die staatliche Hilfe erhalten, sich nach Kräften bemühen, schnellstmöglich wieder auf den eigenen Beinen zu stehen. **Ein BGE, das aus Steuern finanziert wird, kommt für die CDU nicht in Frage**.

Vgl. <https://www.cdu.de/artikel/es-bleibt-beim-foerdern-und-fordern>, abgerufen am 15.05.2023

Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD)

„Die Grundsicherung werden wir grundlegend überarbeiten und zu einem **Bürgergeld** entwickeln. Unser Bürgergeld steht für ein neues Verständnis eines haltgebenden und bürgernahen Sozialstaats. Das Bürgergeld soll digital und unkompliziert zugänglich sein. (...) Die SPD lehnt ein Grundeinkommen ab.

Vgl. https://www.google.com/search?q=spd+Wahlprogramm+Grundsicherunggrundsatzprogramm&client=firefox-b-d&biw=1268&bih=857&ei=cOsOZLurl6LlIAaG2oagAQ&ved=0ahUKEwi7o5rAytj9AhUijMUKHQatARQQ4dUDCA4&uact=5&oq=spd+Wahlprogramm+Grundsicherunggrundsatzprogramm&gs_lcp=Cgxnd3Mtd2l6LXNlcnAQAzIECCEQCjoKCAAQRxDWBBCwAzoHCAAQDRCABDGC AAQHhANOGgIABAIEB4QDTofCAAQogQ6BwgAEB4QogRKBAhBGABQIa5Y1GpgoHBoAXABeACAAb8BiAGBFJIBBDIwLjeYAQCgAQHIAQjAA QE&scient=gws-wiz-serp, S. 33 und 39 abgerufen am 13.03.2023

Bündnis 90/Die Grünen (Grüne)

Die Grünen bekennen sich in ihrem Grundsatzprogramm zu einem [bedingungslosen Grundeinkommen](#), kurz BGE. Damit hat sich die Parteibasis am Sonntag auf dem digitalen Parteitag der Grünen unter anderem gegen die Parteichef*innen Annalena Baerbock und Robert Habeck sowie den Bundesvorstand durchgesetzt.

Mit dem Vorstoß [für das BGE](#) sprachen sich die Delegierten sich am Sonntag gegen den Willen des Bundesvorstands für einen Änderungsantrag aus, in dem es heißt: „Verdeckte Armut wird überwunden. Dabei orientieren wir uns an der Leitidee eines bedingungslosen Grundeinkommens.“

Vgl. <https://taz.de/Gruene-und-Grundeinkommen/I5730367/> abgerufen am 12.05.2023

Laut Koalitionsvertrag der Ampel-Regierung verfolgen die Grünen auch verstärkt das Konzept des **Klimageldes**.

Freie Demokratische Partei (FDP)

Die freien Demokraten wollen das **Liberaler Bürgergeld**, das nicht bedingungslos ist. Es sollen steuerfinanzierte Sozialleistungen wie die Grundsicherung im Alter, die Hilfe zum Lebensunterhalt, das Wohngeld in einer Leistung zusammengefasst werden. Sie bevorzugt das Konzept der negativen Einkommensteuer und lehnt das Grundeinkommen ab.

Vgl. <https://www.grundeinkommen.de/17/08/2021/was-sagen-die-wahlprogramme-der-parteien-zum-grundeinkommen.html> abgerufen am 18.05.2023

Die Linke

"Die Linke kämpft für einen starken Sozialstaat und eine armutsfeste sanktionsfreie Mindestsicherung und wird künftig **das Konzept eines bedingungslosen Grundeinkommens (BGE) in ihre Programmatik aufnehmen**. Sie fühlen sich dem grundlegenden Ziel verpflichtet, alle Menschen vor Armut zu schützen und ihnen eine gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen. Die Linke will das Prinzip der sogenannten Bedarfsgemeinschaft durch individuelle Ansprüche ersetzen.

Vgl. <https://www.die-linke.de/partei/parteidemokratie/mitgliederentscheid/> abgerufen am 09.03.2023

Alternative für Deutschland (AFD)

Die AFD will eine „**Aktivierende Grundsicherung**“ statt eines BGE. Sie verlangt die Einführung einer verpflichtenden Bürgerarbeit für volljährige erwerbsfähige Leistungsbezieher. Die Mittel zur Einkommenssicherung sollen an die Teilnahme an die Bürgerarbeit geknüpft werden. Bei der Bürgerarbeit handelt es sich um gemeinnützige Beschäftigungsprogramme (z. B. Seniorenhilfe, Tierschutz usw.) auf kommunaler Ebene.

Vgl. <https://www.grundeinkommen.de/02/11/2022/afd-moechte-zwangsarbeit-statt-grundeinkommen.html> abgerufen am 15.05.2023

Grundeinkommen für Alle (GFA)

Die GFA ist eine monothematische deutsche Kleinpartei, die im Programm für die Einführung des bedingungslosen Grundeinkommens in Deutschland eintritt. Die Partei wurde im Februar 2021 gegründet. Ziel der Partei ist es, das BGE zuerst in Bremen und dann in ganz Deutschland einzuführen. Die Partei hatte im März 2023 nur 21 Mitglieder.

Vgl. https://de.wikipedia.org/wiki/Grundeinkommen_f%C3%BCr_Alle abgerufen am 14.03.2023

8-AV-Medien-BGE

Zum Thema BGE gibt es einige Videos auf You Tube, die begleitend im Unterricht eingesetzt werden können. Die Videos sind z. T. unterschiedlich alt. Bei ihrer Auswahl wurde jedoch darauf geachtet, dass die Informationen überwiegend zeitlos sind.

Bedingungsloses Grundeinkommen in 3 Minuten erklärt

<https://www.youtube.com/watch?v=24GDB6cAXFg>, abgerufen am 26.09.2023

Das Video schafft in kurzer Zeit einen Überblick über Wesen, Vorteile und Nachteile des BGE.

Geld fürs Nichtstun? - Bedingungsloses Grundeinkommen

<https://www.youtube.com/watch?v=w7daiJHfjoY>, abgerufen 19.06.2023

Das Video schafft die Grundlagen für das Verständnis des BGE und stellt die Probleme relativ umfassend in den Vordergrund. Zum Einstieg in das Thema ist es gut geeignet.

Grundeinkommen für alle - wie gerecht wäre das? | Markus Lanz vom 14. April 2022

<https://www.youtube.com/watch?v=BqajDzY91rg&t=404s>, abgerufen am 21.06.2023

Kontroverse Diskussion über das BGE zwischen dem Philosophen und Publizisten Richard David Precht und der Wirtschaftswissenschaftlerin Monika Schnitzer in der Talk-Sendung Markus Lanz.

Brauchen wir ein bedingungsloses Grundeinkommen für mehr Gerechtigkeit? | 13 Fragen

<https://www.youtube.com/watch?v=hQ6dREea7tc>, abgerufen am 22.06.2023

13 Fragen zum BGE werden von 6 Personen, die sich auf einem schachbrettähnlichen Feld befinden jeweils mit Ja bzw. Nein beantwortet. Durch Vor- bzw. Zurückbewegungen erkennt man die unterschiedliche Einstellung zur Frage.

Bedingungsloses Grundeinkommen: Was bringt das? | tagesschau ERKLÄRT

https://www.youtube.com/watch?v=jc8hrPBq_dg, abgerufen am 23.06.2023

Der Beitrag präsentiert nach einer kurzen Einführung die Einstellung der Parteien im Bundestag. Während Linke und Grüne für das BGE sind, lehnen es CDU/CSU, SPD, FDP und AFD es ab.

Bedingungsloses Grundeinkommen: Alles nur heiße Luft? | ARTE Journal

https://www.youtube.com/watch?v=wTHJfh_BDBM, abgerufen am 23.06.2023

Dieses Video beleuchtet das BGE verstärkt aus dem Blickwinkel Europas. Dabei werden Projekte für die Länder Italien, Finnland und Frankreich, sowie lokale Initiativen in den Niederlanden (Utrecht) und Deutschland (Berlin) aufgezeigt.

Macht uns ein Grundeinkommen faul? Nena Schink vs. Ökonom | DISKUTHEK

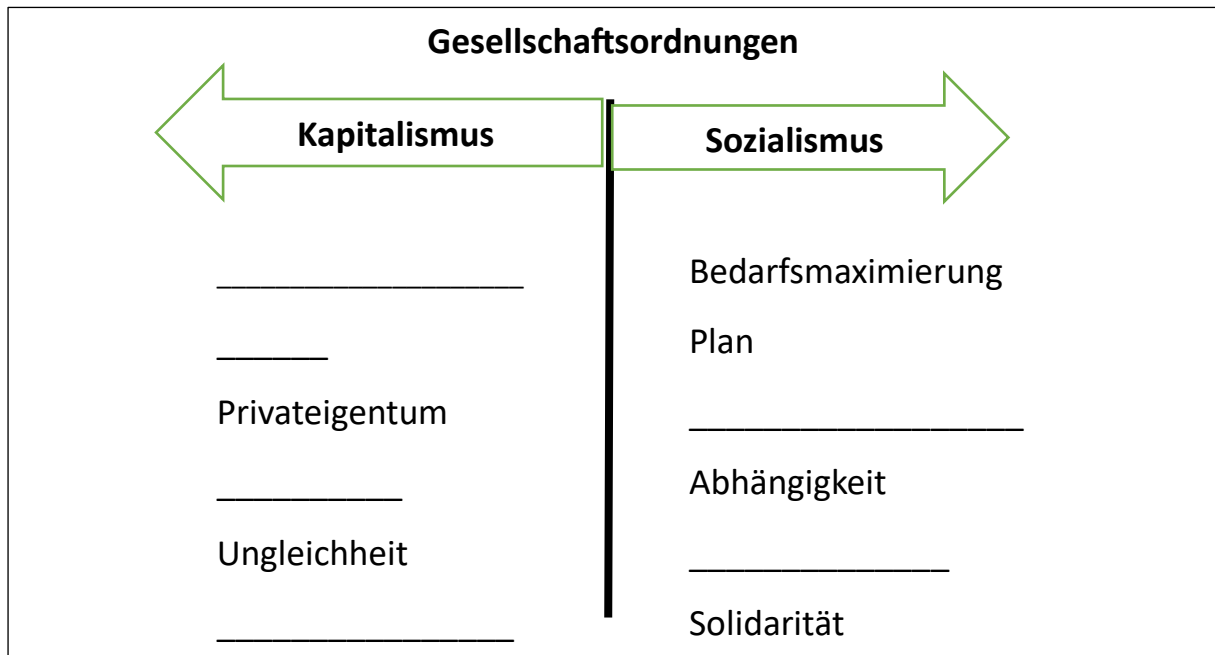
<https://www.youtube.com/watch?v=S7txmS2RcEk>, abgerufen am 26.06.2023

Kontroverse Diskussion zwischen Thomas Straubhaar, Volkswirtschaftslehreprofessor als Befürworter eines BGE und Nena Schink, Wirtschaftsautorin.

9-Lückentext-BGE im Check

Die Bürger eines Landes gestalten ihre Gesellschaftsordnung und legen deren grundlegende Merkmale und Werte fest. Nach der wirtschaftlichen Ausprägung von Gesellschaftsordnungen unterscheidet man zwischen Kapitalismus und Sozialismus, denen prinzipiell unterschiedliche Werte zugrunde liegen.

Fügen Sie in die Grafik folgenden Begriffe ein: Kollektiveigentum, Individualismus, Gewinnmaximierung, Freiheit, Gleichheit, Markt.



Fügen Sie in den Text folgende Begriffe ein: Plan, Solidarität, Gleichheit, Abhängigkeit, Freiheit.

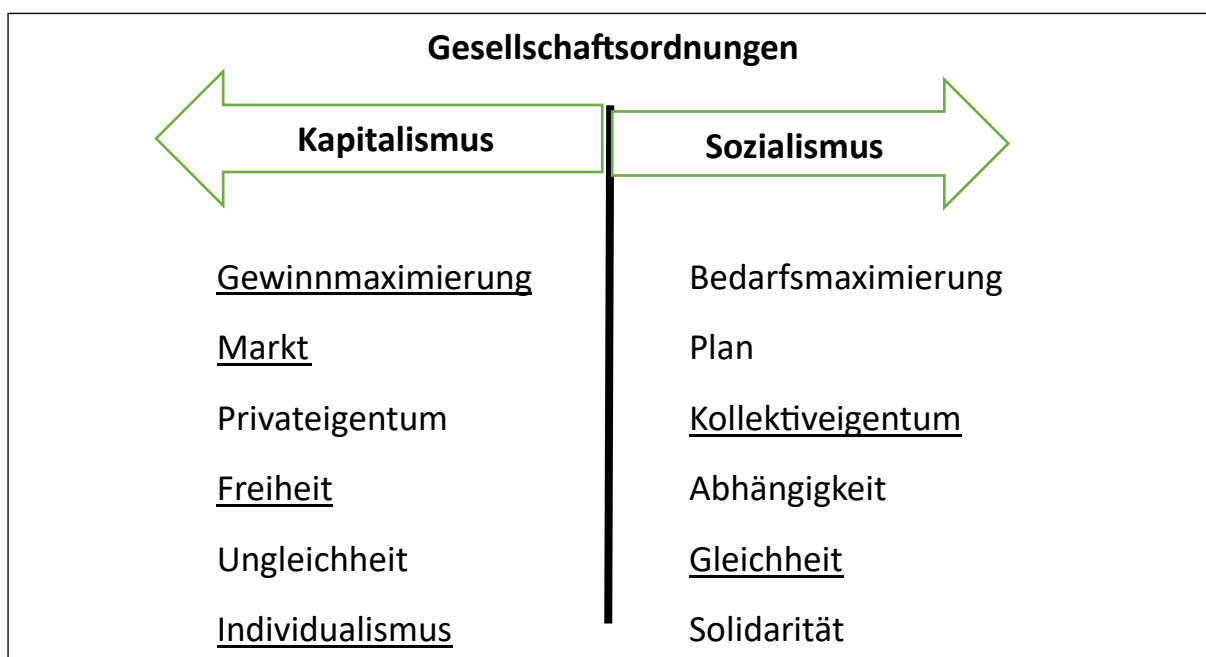
Das BGE will die _____ des Einzelnen sowohl bei seiner Berufswahl als auch bei der Ausübung seiner Tätigkeit. Zu einer Arbeit wird niemand gezwungen. Es will für jeden Bürger ein Einkommen von z. B. 1500 € im Monat und verfolgt demnach die _____ aller Menschen eines Landes. Der Staat erbringt eine finanzielle Leistung, der sich niemand entziehen kann und die alle Bürger in eine _____ zum Staat zwingt. Die jährliche Steigerungsrate des BGE wird von einer Planungsbehörde festgelegt, d.h. der _____ dominiert die Entscheidungen. Ziel des BGE ist es, nicht nur die Armut zu bekämpfen, sondern auch das „Zueinanderstehen“ und „Sich-unterstützen“ der Menschen, also deren _____ zu fördern.

Ordnen Sie das BGE einer Gesellschaftsordnung zu: _____

9-Lösung-Lückentext-BGE im Check

Die Bürger eines Landes gestalten ihre Gesellschaftsordnung und legen deren grundlegende Merkmale und Werte fest. Nach der wirtschaftlichen Ausprägung von Gesellschaftsordnungen unterscheidet man zwischen Kapitalismus und Sozialismus denen prinzipiell unterschiedliche Werte zugrunde liegen.

Fügen Sie in die Grafik die folgenden Begriffe ein: Kollektiveigentum, Individualismus, Gewinnmaximierung, Freiheit, Gleichheit, Markt.



Fügen Sie in den Text folgende Begriffe ein: Plan, Solidarität, Gleichheit, Abhängigkeit, Freiheit.

Das BGE will die Freiheit des Einzelnen sowohl bei seiner Berufswahl als auch bei der Ausübung seiner Tätigkeit. Zu einer Arbeit wird niemand gezwungen. Es will für jeden Bürger ein Einkommen von z. B. 1500 € im Monat und verfolgt demnach die Gleichheit aller Menschen eines Landes. Der Staat erbringt eine finanzielle Leistung, der sich niemand entziehen kann und die alle Bürger in eine Abhängigkeit zum Staat zwingt. Die jährliche Steigerungsrate des BGE wird von einer Planungsbehörde festgelegt, d.h. der Plan dominiert die Entscheidungen. Ziel des BGE ist es, nicht nur die Armut zu bekämpfen, sondern auch das „zueinanderstehen“ und „Sich-Unterstützen“ der Menschen, also deren Solidarität zu fördern.

Ordnen Sie das BGE einer Gesellschaftsordnung zu: Sozialismus

10-Simulation-BGE im Talk

Das Bedingungslose Grundeinkommen (BGE) wird in der breiten Öffentlichkeit kontrovers diskutiert und ist in einigen Ländern bzw. Regionen bereits probeweise eingeführt worden. In einer Talkshow können die unterschiedlichen Argumente zum BGE vorgetragen werden. Teilnehmer der Runde sind ein/eine Moderator/in, ein/eine Finanzminister/in, ein/eine Befürworter/in, ein/eine Gegner/in, ein/eine Wissenschaftler/in und ein/eine Journalist/in.

Die Teilnehmer/innen erhalten Informationsblätter als Argumentationshilfen und können diese mit aktuellen Inhalten auffüllen.

- **Moderator/in**

Als Moderator/in geben Sie zunächst eine kleine thematische Einführung und stellen anschließend die Teilnehmer mit Namen und Funktionen (Politiker, Minister, Journalist, Wissenschaftler) vor. Sie steuern die Redebeiträge, greifen wichtige Kernsätze auf, fassen Inhalte zusammen und sorgen für eine angenehme produktive Gesprächsatmosphäre.

- **Finanzminister/in**

Weisen Sie darauf hin:

- dass ein BGE in Höhe von nur 1000 € monatlich aus dem Bundeshaushalt mit ca. 400 Mrd. € nicht zu finanzieren ist. Der jährliche Finanzbedarf liegt bei 996 Mrd. € ((1000 € (Höhe des BGE) x 83.000.000 (Einwohnerzahl der BRD) x 12 (Monate) = 996 Mrd.)).
- dass eine Finanzierung durch massive Steuerhöhungen, z. B. Einkommensteuer, Erbschafts- und Vermögenssteuer zu einer Leistungsverweigerung der Mittelschicht und einer Abwanderung der Leistungsträger führt.
- dass eine Finanzierung über Schulden eine Aufblähung der Geldmenge bringt und eine Inflation fördert. Zudem belasten Schulden die zukünftigen Generationen.
- dass die Einführung eines BGE den grundlegenden Umbau des gesamten Steuer- und Abgabensystems verlangt.
- **Als Finanzminister/in raten Sie von der Einführung eines BGE dringend ab**

- **Befürworter/in**

Weisen Sie darauf hin:

- dass das BGE Freiheit in vielen Lebenssituationen ermöglicht, finanzielle Sicherheit bietet, das Selbstbewusstsein steigert und die Selbstverwirklichung fördert.
- dass die Erpressbarkeit der Erberbstätigen entfällt, da kein Arbeitszwang besteht und minderwertige Arbeit eine höhere Wertschätzung erfährt.
- dass die Bürokratie abgebaut wird, ebenso wie die bisherigen Sozialleistungen nicht mehr erforderlich sind.
- dass die Finanzierung durch die Streichung der bisherigen, sehr unterschiedlichen und wenig durchschaubaren Sozialleistungen erfolgt. Zudem können die Erbschaften, Vermögen und Wertpapierspekulationen höher besteuert werden.
- dass die durch Digitalisierung und Rationalisierung erzeugte steigende Arbeitslosigkeit ein BGE in Zukunft geradezu erzwingen.
- dass Armut verschwindet, ebenso wie die Unterscheidung von entlohnter Erwerbsarbeit und nicht entlohnter Sozialarbeit (Hausarbeit, Ehrenamt, Pflege).
- **Setzen Sie sich für die Einführung eines BGE unbedingt ein.**

- **Gegner/in**

Weisen Sie darauf hin:

- dass das BGE nicht zu finanzieren ist und in den Staatsbankrott führt (unterstützen Sie die Argumentation des/der Finanzministers/in).
- dass das BGE zur Untätigkeit verleitet und dazu führt, dass unangenehme Arbeit nicht mehr ausgeführt wird.
- dass das Prinzip, dass Menschen, die mehr arbeiten, auch mehr haben sollen, als Personen, die nicht arbeiten, ausgehebelt wird.
- dass selbst bei einer Höhe von 1500 € Alleinstehende am Rande der Armutsgrenze leben müssen.
- dass das BGE ungerecht ist, da der Millionär und der Sozialhilfeempfänger dasselbe erhalten.
- dass Digitalisierung und Rationalisierung zwar Arbeitskräfte freisetzen, diese jedoch für Dienstleistungen in einer älter werdenden Gesellschaft benötigt werden. Das BGE ist darum für den Ausgleich der technologischen Arbeitslosigkeit nicht erforderlich.
- dass das BGE die Umorganisation der ökonomischen Strukturen, des Sozialstaates und des Steuersystems erfordert. Dies ist kurzfristig nicht zu leisten und langfristig eine Mammutaufgabe.
- **Versuchen Sie die Einführung eines BGE unbedingt zu verhindern.**

- **Wissenschaftler/in**

Weisen Sie darauf hin:

- dass es Teile der Bevölkerung gibt, die keine Bedarfsgerechtigkeit und Gleichheit, sondern eine Leistungsgerechtigkeit wollen und das BGE prinzipiell ablehnen.
- dass es bereits Versuche mit dem BGE in verschiedenen Ländern (Finnland, Frankreich, Italien) und Regionen (Berlin, Schleswig-Holstein) gibt, die zu keiner dauerhaften Einführung geführt haben.
- dass die Schweiz 2016 als erstes Land eine Volksabstimmung zum BGE durchgeführt hat. Das Ergebnis war, dass 23,1% dafür, aber 76,9 % gegen das BGE waren.
- dass das BGE nur in kapitalistisch geprägten Ländern mit höherem Wohlstand eingeführt werden kann und kein weltweit taugliches Modell ist. Das BGE ist ein sozialistisches Modell, das nur in einem kapitalistischen Umfeld funktioniert.
- dass die Einführung des BGE nur gelingen kann, wenn der größte Teil der Bevölkerung das Modell akzeptiert.
- **Befürworten Sie weitere Versuche und fordern Sie eine gründliche Analyse der Ergebnisse.**

- **Journalist/in**

Als Journalist/in sind Sie Mitarbeiter/in eines Printmediums, das bestimmte politische Ziele verfolgt.

Entweder

- vertreten Sie z. B. ein linksliberales wöchentlich erscheinendes Nachrichtenmagazin und versuchen die Pro-Argumente zu verstärken

oder

- vertreten Sie z. B. eine konservative, weit verbreitete Tageszeitung und versuchen die Kontra-Argumente aufzugreifen und zu verstärken

- **Unterstützen Sie je nach Ihrer politischen Zielsetzung die Teilnehmer der Runde.**

11-Inhaltsstruktur-Kindergrundsicherung

Kindergrundsicherung

Ziele

- Kinderarmut beseitigen
- Einkommensschwache Familien entlasten
- Bündelung der familienpolitischen Leistungen (Kindergeld, Kinderfreibetrag, Kinderzuschlag, Bildungs- und Teilhabepaket usw.)
- Vereinfachung der Antragstellung
- Verbesserung der Verteilungsgerechtigkeit (Kinderfreibeträge bevorzugen Bezieher hoher Einkommen)
- Verbesserung der Entwicklungschancen der Kinder

Definition

Unter Kindergrundsicherung versteht man staatliche Transferzahlungen zur Sicherung des Lebensunterhalts der Kinder. Damit sollen die Leistungen der Familien für Unterhalt und Ausbildung der Kinder finanziell ausgeglichen werden.

Leistungen

1. ein fester, einkommensunabhängiger Garantiebtrag für alle Kinder und Jugendlichen (z. B. 250 €)
 2. ein flexibler, gestaffelter Zusatzbetrag
 - enthält
 - eine Pauschale für Bildung und Teilhabe
 - eine Pauschale für Kinderwohnenkosten
 - hängt ab
 - vom Einkommen der Eltern (je höher, desto niedriger)
- am 01.01.2025 ist die Einführung geplant

Leistungsdauer

- von der Geburt bis zum 18. Geburtstag
- bei Ausbildung bis zum 25. Geburtstag
- bei Studium bis zum 27. Geburtstag

Auszahlung

- bei Kindern, die bei ihren Eltern leben, erhalten die Eltern die Kindergeldsicherung
- bei volljährigen Kindern, die nicht bei ihren Eltern leben, wird der Betrag direkt ausbezahlt

12-Arbeitsblatt-Kindergrundsicherung

FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG
Die angebliche Kinderarmut Do. 2. März
Nr. 52 S. 25

Zu „Streit um die Kindergrundsicherung“ (F.A.Z. vom 27. Februar): Bei der Neuregelung der Kindergrundsicherung hängt man offenbar der naiven und lebensfremden Vorstellung an, dass den Kindern das von Fachleuten als Bedarf errechnete Geld unmittelbar in voller Höhe zugutekommt. Die Gelder werden aber nicht den Kindern, sondern deren Erziehungsberechtigten ausbezahlt und erhöhen damit zunächst einmal nur das Familieneinkommen.

Die Erziehungsberechtigten müssen über die Verwendung keine Rechenschaft ablegen. Gerade in den Fällen, in denen wegen des geringen Familieneinkommens von Kinderarmut ausgegangen wird, ist daher keineswegs sicher, dass die Kinder die ihnen zugedachten Leistungen ganz oder auch nur teilweise erhalten werden. Die gut gemeinte Kindergrundsicherung wird dann nur zu einer formalen Umbenennung und Neuordnung der den Kindern theoretisch zugedachten Leistungen führen. Im ungünstigsten Falle werden dann mit der teuren Kindergrundsicherung Personen ausgehalten, für die sie nicht gedacht ist.

Ohnehin ist angebliche Kinderarmut ein problematischer Ansatz für die geplante Kindergrundsicherung. Tatsache ist vielmehr, dass die Armutsgefährdung deutscher Kinder zurückgegangen ist. Die Zunahme angeblich armutsgefährdeter Kinder beruht vor allem auf der starken Zuwanderung von Kindern mit Migrationshintergrund. Deren Zahl hat sich seit 2015 etwa verdreifacht. Gegenüber dem Lebensstandard in den Herkunftsländern hat sich ihre Situation in Deutschland mit den höchsten Sozialstandards schon jetzt deutlich verbessert.

Irreführend ist auch das Abstellen auf einen einheitlichen Lebenshaltungssatz als Bedarf, weil für die Kinder mit Migrationshintergrund vielfach asylrechtliche Regelungen und damit niedrigere Sätze gelten dürften. Soweit ukrainische Kinder erfasst werden, kommt hinzu, dass diese wohl nicht alle dauerhaft in Deutschland bleiben werden und sich schon deshalb die Zahl angeblich armutsgefährdeter Kinder verringern sollte.

HELMUT SCHMIDT, PASSADE

1. Nennen Sie die Zielsetzungen der Kindergrundsicherung.

2. Beschreiben Sie die wesentlichen Merkmale einer Kindergrundsicherung.

3. Nehmen Sie den Artikel der Frankfurter Allgemeinen Zeitung als Grundlage für kritische Anmerkungen in Bezug auf die Kindergrundsicherung.

4. Durch die Kindergrundsicherung soll erreicht werden, dass aus einer Holschuld der Eltern eine Bringschuld des Staates wird. Erklären Sie den Unterschied.

12-Lösung-Arbeitsblatt-Kindergrundsicherung

1. Nennen Sie die Zielsetzungen der Kindergrundsicherung.

- Kinderarmut beseitigen
- einkommensschwache Familien entlasten
- Bündelung der familienpolitischen Leistungen (Kindergeld, Kinderfreibetrag, Kinderzuschlag, Bildungs- und Teilhabepaket)
- Vereinfachung der Antragstellung
- Verbesserung der Verteilungsgerechtigkeit (Kinderfreibeträge bevorzugen Bezieher höherer Einkommen)
- Verbesserung der Entwicklungschancen der Kinder

2. Beschreiben Sie die wesentlichen Merkmale einer Kindergrundsicherung.

- staatliche Transferzahlungen zur Sicherung des Lebensunterhalts der Kinder
- damit werden die Leistungen der Familien für Unterhalt und Ausbildung ausgeglichen
- besteht aus
 - einem festen einkommensunabhängigen Garantiebtrag (z. B. wie Kindergeld)
 - einem flexiblen gestaffelten Zusatzbetrag (z. B. für Kinderwohngeld)

3. Nehmen Sie den Artikel der Frankfurter Allgemeinen Zeitung als Grundlage für kritische Anmerkungen in Bezug auf die Kindergrundsicherung.

- Das Kindergeld wird nicht an die Kinder ausbezahlt, sondern erhöht das Familieneinkommen.
- Bei geringem Familieneinkommen besteht die Gefahr, dass die Erziehungsberechtigten das Geld für sich verbrauchen und dadurch die Kinderarmut bleibt.
- Die Armutgefährdung deutscher Kinder ist zurückgegangen; die Zunahme der Kinderarmut hat ihre Ursachen in der Zuwanderung von Asylsuchenden.
- Bei Rückwanderung der ukrainischen Kinder wird sich die Armutgefährdung verringern.

4. Durch die Kindergrundsicherung soll erreicht werden, dass aus einer Holschuld der Eltern eine Bringschuld des Staates wird. Erklären Sie den Unterschied.

Die Begriffe Holschuld und Bringschuld stammen aus dem Schuldrecht und beschreiben den Ort der Leistungserfüllung. Übertragen auf die Kindergrundsicherung bedeutet dies:

- Bisher hat der Staat finanzielle Hilfen (z. B. Kindergeld, Kinderzuschlag) zur Verfügung gestellt und die Eltern mussten sich diese Mittel selbständig bei den öffentlichen Institutionen „abholen“. (Holschuld).
- In Zukunft wird der Staat die Kindergrundsicherung in seiner Höhe von sich aus festlegen und an die Eltern bzw. Jugendlichen ausbezahlen. Die öffentliche Institution bringt das Geld. (Bringschuld)